



SPD

Baden-Württemberg



2012

Internationaler
Frauentag

**Heute für morgen
Zeichen setzen**

NEWSLETTER

Ausgabe 7. März 2012

SOZIALMINISTERIN SAGT UNGLEICHER BEZAHLUNG DEN KAMPF AN

Katrin Altpeter: „Wir wollen die Diskriminierung der Frauen nicht länger hinnehmen – die Bundesregierung muss endlich gesetzgeberisch tätig werden“

Die Landesregierung hat einen wichtigen Schritt zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt unternommen. Mit einer Bundesratsinitiative, die gestern vom Kabinett beschlossen wurde, will sie gegen die Entgeltungleichheit von Frauen und Männern vorgehen. Nach den Worten von Sozialministerin Katrin Altpeter soll mit dieser Initiative der politische Druck auf die Bundesregierung verstärkt werden, endlich gesetzgeberisch tätig zu werden. Trotz vieler allgemeiner Regelungen zur Gleichbehandlung bestünden in der Bundesrepublik im Arbeitsalltag nach wie vor ganz erhebliche Unterschiede beim Arbeitsentgelt von

Frauen und Männern. Katrin Altpeter: „Es besteht großer Handlungsbedarf, da ein nicht unerheblicher Teil der Lohndifferenz auf die Diskriminierung von Frauen zurückzuführen ist. Dies wollen wir nicht länger zulassen. Gerade anlässlich des Internationalen Frauentages wollen wir mit unserer Bundesratsinitiative ein deutliches Signal setzen, dass es dieser Landesregierung ernst ist mit der Gleichstellung auf allen Gebieten.“ Diese Initiative sei auch ein bedeutsamer Baustein, um Baden-Württemberg in einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt zum Musterland guter und sicherer Arbeit zu machen. Mehr Informationen auf www.sozialministerium-bw.de

Gleiches Geld für gleiche Arbeit – das muss für Männer und Frauen gelten. Es ist Zeit, den Lohnunterschied von 23 Prozent endlich anzugehen. Das gilt am 8. März wie an allen Tagen – erst recht im SPD-Jahr „Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg“!



Katja Mast

Generalsekretärin der
SPD Baden-Württemberg

IMPRESSUM

SPD Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/619 36-0
Fax-Nr.: 0711/619 36-20
E-Mail: bawue@spd.de
V.i.S.d.P.: Andreas Reißig



MEHR FRAUEN IN CHEFETAGEN

Bundestagsfraktion bringt Gesetzesentwurf zur Chancengleichheit ein

Die schwarz-gelbe Bundesregierung streitet, die SPD-Bundestagsfraktion handelt. Denn es ist Zeit für eine gesetzliche Regelung für eine Frauenquote in Wirtschaftsunternehmen. Die Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben uns nicht weiter gebracht. Nach der jüngsten Mitteilung der OECD ist Deutschland beim Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen im internationalen Bereich weit abgeschlagen. Ein Drittel der 160 Unternehmen in den DAX-Indizes der Deutschen Börse hat keine einzige Frau in ihren Führungsgremien, weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat. Der Gesetzesentwurf der SPD-Bundestagsfraktion bestimmt ab 2015 eine gesetzliche Quote für jedes Geschlecht von 40 Prozent in Vorständen und Aufsichtsräten. Die Regelungen gelten für mitbestimmte und börsennotierte Unternehmen. Mehr dazu unter www.spdfraktion.de und am Freitag um 10.45 Uhr in der Bundesratsdebatte.

GEHALTSUNTERSCHIEDE IN BADEN-WÜRTTEMBERG AM GRÖSSTEN

Nils Schmid: „Wir haben in Sachen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt erheblichen Nachholbedarf im Land“

Nils Schmid hat anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt eingefordert.

„Wir haben in Baden-Württemberg in Sachen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt erheblichen Nachholbedarf“, sagte der SPD-Landesvorsitzende angesichts der „jahrelangen Versäumnisse“ der ehemaligen Landesregierung aus CDU und FDP.

Baden-Württemberg sei bei diesem Thema bedauerlicherweise das Schlusslicht in Deutschland. Hier betrage der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen sage und schreibe 28 Prozent gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt von 23 Prozent.

„Ein trauriger Spitzenplatz, der zeigt, wie wichtig jetzt klare gesetzliche Vorgaben durch die grün-rote Landesregierung sind“, so Nils Schmid.

Der SPD-Vorsitzende betonte, dass die grün-rote Landesregierung in ihrem Regierungsprogramm nicht nur die Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe verankert, sondern klare Regelungen zum Mindestlohn, zur geschlechterunabhängigen Bewertung von Arbeitsplätzen, zur Besetzung von Führungspositionen in Teilzeit bis hin zur Finanzierung von Teilzeitausbildungen für junge Frauen mit Kindern verabredet habe.

Hinzu komme in dieser Legislaturperiode die Novellierung des Landtags- und des Kommunalwahlrechts sowie des Chancengleichheitsgesetzes.

„Reguläre statt prekäre Beschäftigung und guter und gleicher Lohn für gute Arbeit sind auch der beste Schutz vor Altersarmut“, so Nils Schmid. „Deshalb wollen wir gesetzliche Regelungen, damit Frauen eine eigenständige armutsfeste Alterssicherung aufbauen können.“

FRANK MENTRUP



Frank Mentrup heißt der Kandidat der SPD für die OB-Wahl am 2. Dezember 2012 in Karlsruhe. Bei einer Mitgliederversammlung der dortigen SPD am gestrigen Dienstagabend hat sich der 47jährige Staatssekretär im Kultusministerium gegen seinen Mitbewerber, Sozialbürgermeister Martin Lenz, durchgesetzt. Alles Gute!

Mehr Informationen zu Frank Mentrup auf www.spd-karlsruhe.de und www.frankmentrup.de

FRAUENTAG – UND KEINER MERKT'S?

Doch: Der Landtag hat's gemerkt und lädt am heutigen Mittwoch zu einem Frauenplenartag („Mittendrin und außen vor“ – politische Beteiligung von Frauen) nach Stuttgart. Und unser Finanz- und Wirtschaftsministerium hat's gemerkt und lädt morgen zur Podiumsdiskussion „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Das ist deutlich mehr als im letzten Jahr, als wir immerhin den 100. Internationalen Frauentag feiern durften. Das stimmt genauso zuversichtlich wie wichtige frauenpolitische Elemente im Koalitionsvertrag. Grün-Rot macht's möglich!

Anette Sorg, ASF-Vorsitzende

Mehr Informationen zum Frauentag unter www.spd-bw.de und www.asf-bawue.sozinfo

KATRIN ALTPETER



„Gerade anlässlich des Internationalen Frauentages wollen wir mit unserer Initiative gegen Entgeltungleichheit ein Signal setzen, dass wir es ernst meinen mit der Gleichstellung auf allen Gebieten“, so Sozialministerin Katrin Altpeter. „Sie ist ein bedeutsamer Baustein, um Baden-Württemberg zum Musterland guter Arbeit zu machen.“

Mehr Informationen zur Bundesratsinitiative unter www.sozialministerium-bw.de